



PARLIAMENTARIANS' CALL  
FOR A FOSSIL FUEL FREE FUTURE

# AUFRUF VON PARLAMENTARIER: INNEN FÜR EINE FOSSIL-FREIE ZUKUNFT

#FOSSILFUELFREEFUTURE

GERMAN

Als national gewählte Volksvertreter:innen, die Millionen von Menschen in zahlreichen Ländern, Kommunen und Kontinenten dienen und ein Spektrum von politischen Visionen widerspiegeln, kommen wir zusammen, um mit einer Stimme zu sprechen und andere Abgeordnete und Politiker:innen in Regierungspositionen auf die dringende Notwendigkeit einer vertieften und weitreichenden Kooperation und von mehr Ambition in Bezug auf unseren globalen Umgang mit fossilen Brennstoffen aufmerksam zu machen.

Es besteht klarer wissenschaftlicher Konsens darüber, dass der Mensch in erster Linie für den globalen Klimawandel verantwortlich ist und die Klimakrise heute eine der schlimmsten Bedrohungen für die menschliche Zivilisation und Natur darstellt.

Die Veränderungen des Weltklimas sind bereits spürbar. Diese Veränderungen haben zu verheerenden Folgen geführt und stellen eine große Gefahr für das Leben der Menschen, ihre Häuser, ihre Lebensgrundlagen und viele unserer kulturellen Traditionen dar. Die Folgen des Klimawandels verschlimmern die Ausbreitung von Krankheiten, bedrohen unsere Nahrungsmittelproduktion, gefährden wichtige Infrastrukturen und werden weitere Millionen Menschen in Armut, Hunger und Vertreibung stürzen.

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe - Kohle, Öl und Gas - ist die Quelle von 80 % der Kohlendioxidemissionen seit der industriellen Revolution. Fossile Energiesysteme sind nicht nur die größte Emissionsquelle, sondern sie haben aufgrund der hohen Strom- und Brennstoffkosten und der Priorisierung des Profits über der Erbringung von Dienstleistungen auch dazu geführt, dass Milliarden von Menschen nicht mit ausreichend Energie versorgt werden, um ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Hinzu kommen die Kosten der lokalen Umweltverschmutzung, für den Umweltschutz und das Gesundheitswesen, die mit der Gewinnung, Raffinierung, dem Transport und der Verbrennung dieser Brennstoffe entstehen und oft von Gemeinschaften mit wenig Macht und Einfluss in unseren Gesellschaften getragen werden. Zudem verletzen diese Prozesse häufig die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften.

Die Erreichung der Temperaturstabilisierungsziele des Pariser Klimaabkommens, das unsere Regierungen ratifiziert haben, erfordert deutlich mehr Engagement und Transformation auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, angefangen bei denjenigen, die am meisten zur Befeuerung der Klimakrise beigetragen haben.

In Anbetracht des enormen historischen Beitrags fossiler Brennstoffe bei der Verursachung des Klimawandels und der andauernden Expansionspläne der Industrie sowie der Belastung der öffentlichen Haushalte, fordern wir die Staats- und Regierungschefs der Welt auf, im Geiste der internationalen Kooperation zusammenzuarbeiten, zwecks:

1. Beendigung jeder neuen Expansion von Öl-, Gas- und Kohleproduktion im Einklang mit den besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie sie vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) dargelegt wurden;
2. Den Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle auf eine faire und gerechte Weise zu vollziehen, wobei die Verantwortlichkeiten der Länder für den Klimawandel und ihre jeweiligen Kapazitäten zur Transition berücksichtigt werden;
3. Transformative Richtlinien und Pläne verpflichtend einzugehen und diese konsequent zu verfolgen, um weltweit einen 100%igen Zugang zu erneuerbaren Energien zu gewährleisten, die Volkswirtschaften bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen zu unterstützen und den Menschen und Gemeinschaften auf der ganzen Welt zu ermöglichen, durch eine gerechte globale Transition zu gedeihen.
4. Verabschiedung nationaler Haushalte und Steuerpolitiken, die diesen zügigen und gerechten Übergang national und global unterstützen; Gewährleistung der rechtzeitigen und angemessenen Bereitstellung öffentlicher, zusätzlicher und schuldenfreier Klimafinanzierung als Teil der Verpflichtungen der reichen Industrieländer zur Bekämpfung des Klimawandels.

Wir fordern neue internationale Verpflichtungen und Verträge, die das Pariser Abkommen ergänzen, um der Dringlichkeit eines raschen und gerechten Wandels weg von fossilen Energieträgern und dem Aufbau demokratischer, erneuerbarer und sicherer Energiesysteme für alle Menschen und Gemeinschaften gerecht zu werden, im Einklang mit dem Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und die Klimakatastrophe zu verhindern.